



KOMMENTAR

„LÜGENPRESSE“

Dass Journalisten nicht gerade das größte Ansehen genießen, wussten wir schon. In Studien mit Titeln wie Vertrauensindex oder Berufsprestige-Skala landen Medienvertreter seit Jahren auf mittleren und hinteren Plätzen. Keine Frage: Journalisten machen Fehler und ihr Versagen bleibt selten verborgen – das Wesen medialer Berichterstattung ist ihre öffentliche Sichtbarkeit. Trotzdem herrschte bisher in der Bundesrepublik weitgehend ein gesellschaftlicher Konsens über den grundsätzlichen Wert der Medien für die Demokratie. Nicht umsonst wird ihr freies Wirken vom Grundgesetz geschützt.

Was wir aber derzeit erleben, erschreckt mich: In einigen Städten ziehen Menschen durch die Straßen und brüllen „Lügenpresse“. Das „Unwort des Jahres“ ist keine Neuschöpfung: Demagogen haben es in dunklen Zeiten unserer Geschichte verwendet – im Ersten Weltkrieg, während des Nationalsozialismus, im Kommunismus. Das hindert Zeitgenossen nicht daran, diese Argument-freie Diffamierungswaffe wieder auszugraben.

Es geht noch weiter: In den (a)sozialen Netzwerken werden Redaktionen

beschimpft, in Blogs Verschwörungstheorien von einer „gleichgeschalteten“ Systempresse verbreitet. Redakteure erhalten Mails und Briefe, deren Vokabular unter die Gürtellinie geht. Der Wort-Terror macht selbst vor konfessionell-kirchlichen Medien nicht halt, wie jüngst die Beilage „Christ und Welt“ erfahren musste. Erstaunlich auch: Es stehen nicht mehr allein die Boulevard- und Krawallmedien am Pranger, die häufig mit gutem Grund kritisiert werden. Die Wut richtet sich nun auch gegen Qualitätszeitungen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Wie sollen Publizisten mit dieser Medienverdrossenheit, diesem Medienhass umgehen? Zweifellos sind viele Angriffe in der Form inakzeptabel und vom Recht freier Meinungsäußerung nicht gedeckt. Drohungen gegen Leib und Leben sind ein Fall für Strafverfolgungsbehörden. Wer sich allein darauf beschränkt, Andersdenkende pauschal der Lüge zu bezichtigen, ist an demokratischer Erörterung nicht interessiert. Politische und religiöse Extremisten akzeptieren keine andere Gesinnung und auch keine sachlichen Argumente. Da bleibt allenfalls,

die schlimmsten Ergüsse öffentlich zu machen – als Strafe empfinden das die Urheber leider selten.

Die Anstrengungen der Medien müssen vielmehr jenen Menschen gelten, die trotz Unzufriedenheit noch offen sind für einen Dialog. Ihr Vertrauen gilt es zurückzugewinnen – nicht in Form einer Kapitulation vor den Hetzern, aber dennoch selbstkritisch. Fehler in der Berichterstattung müssen benannt und korrigiert werden – noch immer ist das kein Standard in allen Redaktionen. Themenauswahl und -gewichtung gilt es transparent zu machen, die innerredaktionelle Qualitätskontrolle sowie die Mechanismen der Medienselbstregulierung zu schärfen. Ebenso wichtig: ein besser aufgestellter Medienjournalismus und die Vermittlung von Medienkompetenz in der Schule.

Ohne funktionierenden Journalismus und ohne Vertrauen in die Medien droht ein Kommunikationsinfarkt: Jeder kommuniziert nur noch in seiner „Filter-Blase“, vernetzt allein mit Gleichgesinnten, verschlossen für den gesellschaftlichen Diskurs. Eine schreckliche Vorstellung.

Christian Klenk

**Alle früheren Kommentare finden Sie im GKP-Internetauftritt unter:
www.gkp.de/mitglieder/kommentare**